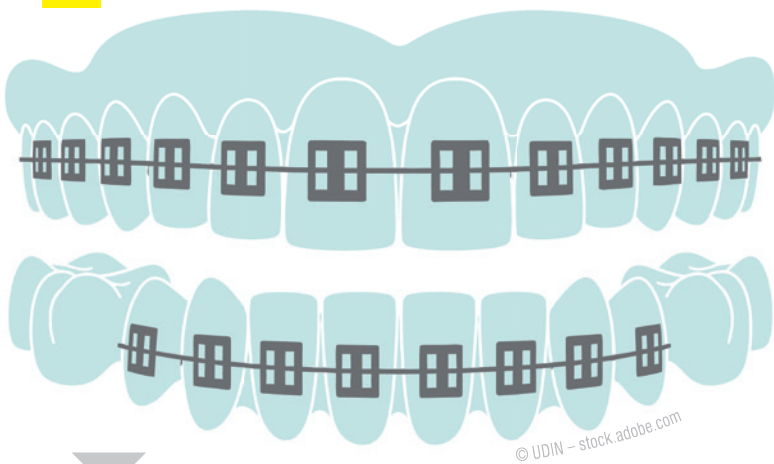


Geplante GKV-Regelungen bedrohen zahnärztliche Versorgung

Gefährdung besonders für die Kieferorthopädie.

BERLIN – Mit dem vorliegenden Referentenentwurf für ein GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz sind für die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) und Bundeszahnärztekammer (BZÄK) tiefgreifende negative Einschnitte in das Versorgungsgeschehen – insbesondere im Bereich der Kieferorthopädie – absehbar. Anlässlich der Ende April im Bundesministerium für Gesundheit stattfindenden Anhörung erklären Martin Hendges, Vorsitzender des Vorstandes der KZBV, und Dr. Romy Ermler, Präsidentin der BZÄK: „Bei aller Notwendigkeit, Reformen aufgrund der Kostenentwicklung im Gesundheitssystem umsetzen zu müssen, darf der Blick auf die einzelnen Versorgungsbereiche nicht verloren gehen. Deshalb haben

„Bei aller Notwendigkeit, Reformen aufgrund der Kostenentwicklung im Gesundheitssystem umsetzen zu müssen, darf der Blick auf die einzelnen Versorgungsbereiche nicht verloren gehen.“



„Die Folgen eines solch unüberlegten Handelns werden auf unabsehbare Zeit zulasten der Versicherten gehen. Insbesondere mit dem geplanten Eingriff in die Kieferorthopädie erwarten wir eine tiefgreifende Gefährdung der Versorgung.“

wir kein Verständnis dafür, dass mit diesem Gesetzesentwurf die Politik erneut in bewährte und wirksame Versorgungsstrukturen eingreift, anstatt die wirklichen Ursachen für die aktuelle Schieflage anzugehen. Die Folgen eines solch unüberlegten Handelns werden auf unabsehbare Zeit zulasten der Versicherten gehen. Insbesondere mit dem geplanten Eingriff in die Kieferorthopädie erwarten wir eine tiefgreifende Gefährdung der Versorgung. Wenn nur noch Fachzahnärzte für Kieferorthopädie diese Behandlungen durchführen dürfen, kommt dies für Zahnärzte, die auch kieferorthopädisch arbeiten, einem faktischen Berufsverbot gleich, was die Existenz vieler Praxen aufs Spiel setzt. Die Folge wird sein, dass künftig weit über 920.000 Kinder und Jugendliche in Deutschland ihren Behandler verlieren würden und damit eine flächendeckende kieferorthopädische Versorgung nicht mehr sichergestellt werden könnte. Der Referentenentwurf gefährdet damit massiv die bislang gemeinsam erreichten Erfolge in der Mundgesundheit bei Kindern und Jugendlichen der letzten Jahrzehnte. Er wird in dieser Form zur Spaltung der Gesellschaft auf Basis sozialer Hintergründe sowie zwischen ländlichem und städtischem Raum beitragen. Bei Umsetzung dieses sozialpolitisch verhängnisvollen Entwurfs wird man künftig soziale Unterschiede wieder an den Zähnen erkennen.

Auch die angedachten sogenannten ‚Kostendämpfungsmaßnahmen‘ sind ein Irrweg und haben zwangsläufig Auswirkungen auf die Patientenversorgung sowie auf die Sicherstellung. Denn aufgrund fehlender Planungssicherheit wird sich die ältere Kollegenschaft sicherlich überlegen, früher aus der Versorgung auszuscheiden; zugleich werden Vorbehalte gegenüber einer Praxisniederlassung gestärkt. Versorgungsengpässe sind dann künftig nicht mehr auszuschließen.

Diese Vorschläge des Referentenentwurfs entbehren jeglicher fachlicher Grundlage. Deshalb fordern wir die Politik auf, diese gesundheitspolitischen Irrläufer sofort aus dem vorliegenden Entwurf zu streichen. Im Sinne einer bisher sehr gut funktionierenden und flächendeckenden Patientenversorgung dürfen diese Regelungen nicht den Weg ins Gesetz finden.“ **DI**

Quelle: Gemeinsame Stellungnahme von KZBV und BZÄK

Zahnersatz darf nicht zum Luxus werden

VDZI warnt vor steigenden Eigenanteilen und wachsendem Druck auf Dentallabore.

BERLIN – Der Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen (VDZI) kritisiert die im Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (BStabG) vorgesehenen Maßnahmen zur Begrenzung der Ausgaben im Gesundheitswesen. Dazu zählt insbesondere die geplante Kürzung der Festzuschüsse für Zahnersatz um zehn Prozentpunkte. Die Maßnahme würde die finanzielle Belastung der Patienten deutlich erhöhen und den Zugang zu einer notwendigen zahnmedizinischen Versorgung erschweren.

„Eine pauschale Absenkung der Festzuschüsse verlagert die Kosten der Versorgung einseitig auf die Versicherten“, erklärt VDZI-Präsident Dominik Kruchen, „Zahnersatz ist keine optionale Leistung, sondern medizinisch notwendig. Wenn der Eigenanteil steigt, wächst das Risiko, dass notwendige Behandlungen hinausgezögert oder ganz unterlassen werden.“

Darüber hinaus sieht der Referentenentwurf vor, Vergütungssteigerungen künftig strikt an die Entwicklung der Grundlohnsumme zu koppeln (§ 71 Abs. 1–3 SGB V) und diese bis zum Jahr 2029 zusätzlich um einen Abschlag von einem Prozentpunkt zu begrenzen. Das Zahntechniker-Handwerk ist bereits heute von dieser Deckelung betroffen.

„Die vorgesehene weitere Absenkung der Vergütungsentwicklung verschärft die wirtschaftliche Situation in den Dentallaboren zusätzlich“, sagt Dominik Kruchen. „Steigende Kosten für Material, Energie und Personal stehen dann noch stärker unter einem künstlichen Begrenzungsdruck“, so Dominik Kruchen weiter.

Zudem sind die im Referentenentwurf vorgesehenen Anpassungen im Bereich der Kieferorthopädie aus Sicht des VDZI kritisch zu bewerten und werden aufmerksam begleitet.

Nach Einschätzung des VDZI drohen durch die geplanten Regelungen spürbare Versorgungsverchiebungen. Patienten könnten sich aus Kostengründen häufiger für einfachere oder langfristig weniger geeignete Versorgungsformen entscheiden. Gleichzeitig geraten die zahntechnischen Betriebe zu-



nehmend unter wirtschaftlichen Druck, was die wohnortnahe Versorgung mit Zahnersatz gefährdet.

Das Zahntechniker-Handwerk steht für qualitativ hochwertige, individuell gefertigte Versorgungsleistungen in enger Zusammenarbeit mit den Zahnarztpraxen. Diese bewährten Strukturen dürfen durch zusätzliche finanzielle Belastungen und regulatorische Eingriffe nicht geschwächt werden.

„Wer beim Zahnersatz spart, spart an der Versorgung der Menschen“, betont Dominik Kruchen. „Die Politik ist gefordert, die Qualität und Zugänglichkeit der Versorgung zu sichern, statt finanzielle Hürden aufzubauen und funktionierende Strukturen zu gefährden.“ **DI**

Quelle: VDZI

ANZEIGE



Trolley Dolly

Flugzeugtrolleys

perfekt für den Einsatz in Ihrer Zahnarztpraxis!



www.trolley-dolly.de